

Ausschuss für Stadtentwicklung	17.02.2016
Rat	18.02.2016

öffentlich

Vorlage Nr.	094/2016-7
Stand	21.01.2016

Betreff Antrag der SPD-Fraktion vom 20.01.2016 betr. Bürger(planungs)-werkstatt für den Bereich des B-Plan RO 21

Beschlussentwurf Ausschuss für Stadtentwicklung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:
s. Beschlussentwurf Rat

Beschlussentwurf Rat:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, zur weiteren Planung der Gesamtgestaltung des Roisdorfer Bahnhofs und seines gesamten Umfeldes einschließlich des Bebauungsplans Ro 21 ein Konzept für eine Bürgerwerkstatt zu entwickeln und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen. Dabei sind die Anregungen des og. Antrages einzubeziehen.
Ziel ist die Einbeziehung von interessierten Bürgerinnen und Bürgern, des Stadtrates, der Verwaltung sowie von Interessenvertretern (z.B. ADFC), benachbarten Eigentümern und Unternehmen (z.B. Landgard, Penny) und der Alanus Hochschule in der gesamten Planungsprozess.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, den Kostenrahmen für die Durchführung einer solchen Bürgerwerkstatt zu ermitteln.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, Fördermöglichkeiten zur Durchführung der Bürgerwerkstatt zu eruieren. Darüber hinaus ist zu prüfen, welche Auswirkungen dieser Prozess auf die Aufnahme in den ÖPNV-Bedarfsplan hat.

Sachverhalt

Nach weiteren Gesprächen mit Vertretern der Firma Landgard und der Alanus Hochschule, die ein großes Interesse an einer weiteren Mitwirkung an Gestaltungsprozess des Roisdorfer Bahnhofsumfeldes signalisiert hat, sowie dem großen Interesse an dem Thema in der Bürgerschaft hält der Bürgermeister einen Planungsprozess mit einer intensiven Beteiligung von Bürgern und Interessenvertretern für sehr sinnvoll. Die Modalitäten dieser Bürgerwerkstatt sollten mit externen Fachleuten (dies könnte auch die Alanus Hochschule sein) erörtert und dann in die Beratungen des Stadtentwicklungsausschusses und des Rates zurückgespiegelt werden. Ohne eine solche externe und weitreichende Unterstützung wäre ein derartiges innovatives Konzept nicht umsetzbar.

Derzeit sind auch noch einige konkrete Rahmenbedingungen zu klären. Die Stadt Bornheim hat bisher keine Flächen für die Herstellung eines Park und Ride-Platzes im Plangebiet Ro 21. Diese sind für ein Gesamtkonzept jedoch zwingend erforderlich. Weitere Gespräche und Kaufverhandlungen hierfür müssen noch stattfinden. Der Erwerb einer solchen Fläche ist

jedoch wichtige Voraussetzung für die weiteren Planungen.

Des Weiteren sollte berücksichtigt werden, dass für das Projekt Bahnhof Roisdorf (und sein Umfeld) die Aufnahme in den Flächenpool NRW beantragt wurde und dieses Projekt nun von der Bahnflächenentwicklungsgesellschaft (BEG) betreut wird. Bzgl. der Planung erhofft sich die Stadt eine Unterstützung von der BEG. Auch die BEG setzt jedoch voraus, dass Flächen für einen P+R-Platz zur Verfügung stehen.

Es ist auch noch zu prüfen, ob zunächst das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplans Ro 21 eingeleitet werden sollte (s. Vorlage 097/2016-7).

Finanzielle Auswirkungen

Müssen noch ermittelt werden.

Anlagen zum Sachverhalt

Antrag